

# Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

10 Nummern S 1-50 Deutschland Mark 1-20  
(inkl. Postzustellung)  
Österr. Postsparkassen-Konto Nummer 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:  
XVI., Hyrtlasse 19/4 Telefon R 30-9-58

Preis 15 Groschen

Juli 1930

4. Jahrgang. Nr. 56

## Vormarsch der Gegenrevolution

Pabsts Ausweisung hat nichts geändert am legalen Heimwehrkurs. Schuster kam in die Regierung. Die Teilnahme Schobers an der Kaisergedenfeier im Stefansdom zeigt wohin die Reise geht. Pabst störte den aktuellen Weg der österreichischen Bourgeoisie, die die Anleihe endlich einbringen will. Da er auch im Endziel etwas abweicht (mit seiner Vorliebe für Hohenzollern) ist seine Ausweisung nur eine Stärkung der faschistischen, habsburgisch-monarchistischen Grundlinie der österreichischen Bourgeoisie, auf der sie ihren Vormarsch munter fortsetzt.

Das Eisenbahngesetz wird mit Nachdruck betrieben. Es will Platz schaffen für die Besetzung der Stellen mit Heimwehrleuten. Zur Vorbereitung der Endentscheidung und der „aktiven Politik“, die nachfolgen soll, will die Bourgeoisie die Eisenbahn fest in der Hand haben.

Demselben Zwecke dient der Oesterreichische Heeres „sport“ verband. Auf diesem Umweg soll die Heimwehr übergeleitet werden in eine Art Schwarzer Reichswehr.

Das Zollgesetz ist ziemlich unter Dach und Fach.

Die Lohnabbauoffensive, in Steyr eröffnet, wird mit dem Druckmittel der Betriebsstilllegungen vorgetrieben. Der Vorstoß im graphischen Gewerbe zeigt, wo die Kapitalisten hinaus wollen.

Die außerparlamentarische Aktion läßt die Bourgeoisie von ihrer Heimwehr weiterspielen. Siehe den Aufmarsch in Ternitz und sofort.

Die Aenderung des Abgabenteilungsgesetzes, die die Gemeinde Wien finanziell einschnüren, ihr das Bauen von Wohnungen erschweren, das abgenommene Geld den Heimwehrregierungen der Länder zuschanzen und schließlich die Wahlreform, die Wahlrecht und Wahlverfahren „reformieren“ soll — zu Gunsten der Bourgeoisie versteht sich — stehen bereits vor der Tür.

Die Sozialdemokratie versucht die Arbeiter mit der Illusion der „Heimwehrdämmerung“ einzulullen. Mit dem Appell an die Dankbarkeit flehnt sie die Bourgeoisie an vom Eisenbahngesetz abzusehen. Wie haben die sozialdemokratischen Führer den Eisenbahnern zu diesen Riesenoportunen zugeredet. Welch ein Undank! Die SP ist auf der ganzen Linie auf dem Rückzug, sie gibt eine Position nach der anderen preis. Bei der Zolloffensive versucht sie noch ein Manöverchen. Von den 200 Millionen Schilling, die mittels der erhöhten Zölle den Arbeitern abgeknüpft werden sollen, wünscht 50 Millionen Schilling zur Verwendung für die Altersversicherung und Arbeitslosenversicherung bei Senkung der Unternehmerbeiträge um 28 Millionen Schilling. Das nennt die „Arbeiter-Zeitung“ „Ausgleich der Klasseninteressen“. . . . . Gegen die Lohn-

abbauoffensive zeigt die SP keinen Funken ernstesten Widerstandes.

Das alles bezeichnet Bauer als „revolutionäre Zaudertaktik“, die bewußt ausweiche, bis die Kraft des Gegners sich genügend zersetze, um ihn dann zu besiegen. Nun ist von einer wirklichen Zersetzung der gegnerischen Kraft nichts zu merken. Wohl aber ist zu merken, daß die SP die Arbeiter nicht nur wirtschaftlich preisgibt, sondern auch reine Machtpositionen der Arbeiter immer weiter aufgibt. Unter Zustimmung, ja über Ersuchen der SP wird in den sozialdemokratisch geführten Städten Villach, Steyr, Wels, St. Pölten, Neunkirchen, Leoben die Gemeindepolizei „verbundlicht“, wobei die Gemeinden dafür auch noch dauernde Beitragszahlungen übernehmen.

Auf die Wahlen setzt die SP ihre ganze Rechnung. Sie sollen den „Sieg“ bringen und — die Koalition. Kommt die Wahlniederlage, nun dann sind halt die Wähler schuld. Die Bourgeoisie baut mit der Wahlreform vor, sie wird auch sonst nachhelfen, insbesondere mit der Köder der Anleihe. Ein Wahlsieg der SP würde an der Lage der Arbeiter übrigens nichts wesentliches ändern, kein Wahlsieg ändert die politische Linie der SP. Allerdings würde er den Bourgeoisie den Uebergang zur offenen Entscheidung erschweren, doch diese Schwierigkeit ist für sie heute nur mehr ein Zwirnfaden.

Die Arbeiter dürfen sich über die Lage nichts vormachen und nichts vormachen lassen. Wer die Rettung von der SP erwartet, ist schon heute geschlagen. Die stalinische Politik der KP aber garantiert der SP die Fortsetzung der Kapitulationspolitik — und Niederlagenpolitik. Die Massen sind ganz auf sich selbst gestellt und müssen die Hilfe in sich selbst suchen. Die vielen Arbeiter, die enttäuscht sagen: „Ich will nichts wissen, weder von diesen noch von jenen“, diese Flucht in die Indifferenz heißt nichts anderes als mit der Arbeiterschaft sich selbst widerstandlos ans Messer liefern. Die Massen selbst müssen den Widerstand in die Wege leiten durch Schaffung von Komitees, die den Massenkampf organisieren und leiten. Die Erfahrung wird ihnen zeigen, daß zur Oberleitung dieses Kampfes unbedingt nötig ist die Partei: die proletarische Kampfpartei und daß sie geschaffen werden kann nur durch Gesundung der Kommunistischen Partei, durch Ueberwindung ihres Scheinradikalismus und ihren Uebergang zur revolutionären Realpolitik.

## Die Tarifrevision im graphischen Gewerbe.

Wie die Bourgeoisie die Arbeiter zu Heloten hinabdrücken will, zeigt der Vorstoß der graphischen Kapitalisten, die folgendes verlangen:

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Die tägliche Arbeitszeit hat innerhalb der Zeit von 6 bis 20 Uhr liegen. Es steht dem Prinzipal frei, die Arbeitszeit in den einzelnen Abteilungen, aber auch für einzelne Arbeitnehmer verschieden festzusetzen und abzuändern.

Es soll also z. B. an einem Tag bis 12 Uhr mittags, am nächsten bis 8 Uhr abends ohne Ueberstundenentschädigung gearbeitet werden.

„Kann der Paritätische Arbeitsnachweis, aus welchem Grunde immer, den Ansprüchen des Prinzipals nicht entsprechen, dann kann der Prinzipal sich die Arbeitskräfte auf einem anderen Wege beschaffen.“

### Der Stalinkongreß.

Nach genügender fraktioneller Vorbereitung hat Stalin seinen Kongreß zusammentreten lassen. Das Ergebnis ist klar: Riesenresolutionen gegen die Rechten bei — Verwirklichung der Rechtspolitik. Also Sieg der Rechtspolitik, maskiert dadurch, daß Stalin außer Bannflüchen gegen die Rechten vielleicht gar einige Ultrarechte ausschließen läßt. Die Verfolgung der Linksoption, will Stalin noch steigern und restlos alle, die proletarische Klassenpolitik verlangen, aus der Partei ausschließen.

Es scheint, daß die Gunst des Wetters die katastrophalen Wirkungen der stalinischen Kollektivierung zum Teil wettmachen wird. Sicher ist das noch keineswegs. Erst die wirkliche Ernte wird Klarheit schaffen.

Wie immer dem sei: Es geht dem Ende Stalins entgegen.

Stalin hat die linke und rechte Opposition „zerschmettert“. Damit hat er sich selbst die Hauptausrede genommen von der er bisher gelebt hat. Wenn etwas scheiterte, schuld war — die Opposition. Wer wird jetzt — sinnfällig vor den Massen! — schuld sein? Stalin! Stalin ist schwächer geworden durch seinen „Sieg“. Wo Robespierre stand, als er den proletarischen Hebertisten die bourgeois Dantonisten auf die Guillotine nachschickte, dort steht jetzt Stalin. Die Dinge gehen langsamer als vor 150 Jahren. Als der Bürokrat Robespierre auf dem Höhepunkt seiner Macht das Fest der „Religion der Vernunft“ feierte, alle vor ihm katzbuckelten und er die proletarischen Revolutionäre unter den niederträchtigsten Verleumdungen haufenweise auf Schafott schickte, da ließ er sich nicht träumen, daß er paar Monate später stürzen werde. Mögen die heutigen Katzbuckler vor ihren jämmerlichen Oberbürokraten noch so katzbuckeln — das Ende Stalin naht.

Das heißt: Der Unternehmer kann Gelbe und Faschisten in den Betrieb einstellen.

„Die Kündigungszeit soll abgeschafft und die tägliche Entlassung eingeführt werden.“

Für Ueberstunden ist auf den Gesamtstundenverdienst ein Zuschlag zu bezahlen, und zwar: für die ersten zwei Ueberstunden am Tage 15 Prozent, für die dritte und vierte Ueberstunde am Tage 25 Prozent.

Die vom Prinzipal angeführten Kontrollvorschriften sind unbedingt zu befolgen und die vorhandenen Apparate (Kontrolluhren, Kontrollapparate und ähnliches) weisungs- und sachgemäß zu benutzen.

In Fällen von Arbeitsmangel kann der Prinzipal für das ganze Personal oder für einzelne Abteilungen Kurzarbeit anordnen. Der Gesamtlohn wird im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit gekürzt.

Der Prinzipal ist unbedingt berechtigt, dem Arbeitnehmer versäumte Arbeitszeit nach dem tatsächlichen Zeitausmaß in Abzug zu bringen. An Stelle des Lohnabzuges ist über Verlangen des Prinzipals der Arbeitnehmer verpflichtet, die versäumte Zeit ohne besondere Entschädigung nachzuholen. Der Arbeitnehmer hat aber nicht das Recht, versäumte Zeit ohne Zustimmung des Prinzipals nachzuholen.

Außerhausarbeit (Hausarbeit) im Auftrage des Prinzipals ist gestattet.

Die vertragsschließenden Organisationen und die diesen angeschlossenen oder beigeordneten Körperschaften haften zur ungeteilten Hand für alle Tarifverletzungen der Angehörigen ihrer Gruppe insoweit, als der Gegenpartei durch die Tarifverletzungen Schaden erwachsen ist.

Ab Abschaffung von sechs Feiertagen.

Die Arbeitnehmer Vertreter verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für eine Steigerung der Leistungen einzutreten.

Das heißt, die Arbeitervertreter sollen Antreiberdienste leisten. Kurz es soll die Sklaverei wieder eingeführt werden.

In der Vertrauensmännerversammlung am 16. Juni wurde dieser „Vorschlag“ einstimmig abgelehnt und ein Beschluß gefaßt, der wie folgt ausklingt:

„Sollten aus diesem Grunde die Verhandlungen abgebrochen werden, dann zieht die graphische Arbeiterschaft eine allfällige tariflose Zeit einem entwürdigenden Vertragszustand vor, um in voller Handlungsfreiheit ihre Ziele weiter verfolgen zu können.“

Diese Taktik ist vollkommen falsch, denn würde die „tariflose Zeit“ eintreten, so wäre der Kampf auf die Einzelbetriebe verzettelt.

Wollen die Graphiker (die Zeitungsarbeiter inbegriffen) diesen faschistischen Vorstoß zurückweisen und ihre Arbeitsbedingungen verbessern — ihre Forderungen sind wahrhaftig maßvoll — so müssen sie, falls die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharren, geschlossen in den Kampf treten. Einen anderen Weg gibts nicht!

## Die Rußlandsdelegationen und die Opposition.

Von J. Frankel.

Im Verlauf ihres Kampfes mit der offiziellen Führung der Komintern und ihrem Kerne, der Fraktion Stalins, hat die Internationale Linke und ihr voran die Russische Opposition unablässig, allen Entstellungen und Verleumdungen zum Trotz, ihre Solidarität mit den kommunistischen Arbeitern und ihrer Partei, ihre rückhaltslose Hingabe an den russischen Arbeiterstaat kundgetan; sie hat in ihrem Kampfe mit dem selbstzufriedenen Beamtentum, nicht einen Moment den Blick für die ganze Größe dessen verloren, was das Proletariat trotz der unsäglichen Fehler der herrschenden Fraktion in Rußland geschaffen hat und schafft. Im Gegenteil, dieses gigantische Werk fortzuentwickeln, es zu festigen, dem gilt ihre Existenz und Arbeit. Darum kann sie die Aufforderung des Bundes der Freunde der Sowjetunion zur Entsendung von Arbeiterdelegationen nur mit wärmster Sympathie begrüßen. In der Abwehr der wilden Hetze der bürgerlichen Weltpresse gegen die Sowjetunion und insbesondere in der Entlarvung der verachtungswürdigen Verleumdung der sozialdemokratischen Führer aller Länder haben die Rußlandsdelegationen stets einen wichtigen Platz eingenommen.

Der Aufruf zur Wahl der Delegierten erfolgt in einer Situation, die gekennzeichnet ist durch einen allgemeinen, in schärfstem Widerspruch zur objektiven Lage stehenden Rückgang der kommunistischen Bewegung. Das Abfluten der Massen vom Kom-

munismus hat leider auch ihr aktives, wachsendes Interesse für Sowjetrußland stark geschwächt. Schuler an Schuler mit den revolutionären Arbeitern muß die Opposition dafür kämpfen, daß die Bildung der Delegationen wirklich das Werk einer lebhaften und interessierten Bewegung breiterer Kreise werde.

Den diesjährigen Arbeiterdelegationen fällt eine besondere Mission zu: Können sie auch nicht der Arbeiterklasse die Klarheit über die allgemeine politische Bedeutung des Kampfes der russischen Linksoption verschaffen, dessen Sinn und Gehalt die offiziellen Führer systematisch verheimlichen und entstellen, so können sie hingegen Licht in die „organisatorische“ Seite des Kampfes bringen.

Seit der Füsiliierung des proletarischen Revolutionärs und Mitgliedes der KP Blumkin ist eine geraume Zeit verflossen. Doch schweigen die Täter, umso lauter und eindringlicher muß der Ruf nach Aufklärung ertönen!

Der Schuß, der auf Stalins Befehl Blumkin niederstreckte, war der Auftakt zu einer grausamen Verfolgungskampagne gegen die wegen ihrer oppositionellen Ueberzeugung in Kerkern, Isolatoren, in den Eindröden Sibiriens schmachtenden Kommunisten. Auf unsere Forderung nach Aufklärung antwortet man mit dem niedrigen Versuch, uns die „Ablehnung des revolutionären Terrors“, die Bruderschaft mit Pabst und Sozialdemokratie unterzuschieben. Das Gegenteil ist der Fall! Es ist die Anwendung der revolutionären Justiz gegen Revolutionäre, daß heißt ihr gewissenloser Mißbrauch, den wir bekämpfen! Denn in der Tat wächst der freche Mut von Pabst und Konterrevolution um so mehr, je wütender die Schläge gegen die Linksoptionellen werden.

In einer solchen Lage obliegt den Arbeitern, die das Leben unseres proletarischen Vaterlandes prüfen sollen, die Pflicht, an Ort und Stelle Aufklärung und Rechenschaft über die

Unterdrückung oppositioneller Kommunisten zu verlangen.

Die linke Opposition, die durch das bürokratische Regime der Möglichkeit beraubt ist, ihre Forderung im Rahmen der Partei zu vertreten, wird in die Delegation ihre eigenen Vertreter entsenden. Sie wird sie damit beauftragen, mit aller Energie die Nachforschungen über das Schicksal Blumkins und der anderen fusilierten Genossen, über das Wohl und Wehe der eingekerkerten und verbannten Kommunisten zu führen. Es ist die Ehrenpflicht aller revolutionären Arbeiter, auch ihrerseits die von ihnen gewählten Delegierten damit zu betrauen, die oppositionellen Genossen mit Kraft und Nachdruck zu unterstützen. Sie müssen dafür Sorge tragen, daß in die Delegationen ehrliche und mutige Arbeiter gelangen, die Herz und Hirn am rechten Fleck haben und entschlossen sind, das Ihrige durchzusetzen.

## Die Veränderung der Machtverhältnisse. Und nochmals: Wer ist schuld?

1919—20 erzählte die Sozialdemokratie den Arbeitern, sie marschiere zum Sozialismus. 1920 bis 1927 erzählte sie, sie marschiere immerhin aufwärts. Dann kam der 15. Juli 1927, die Niederlage war offenkundig. Die SP war gezwungen die Frage der Arbeiter nach der Ursache zu beantworten. Damals erfand Otto Bauer die Theorie vom unscheinbaren „molekularen Prozeß“. Wir haben diese Theorie widerlegt. Die letzte Ursache des 15. Juli liegt nicht in irgendeinem automatischen „molekularen Prozeß“ und nicht in einer automatischen „geschichtlichen Entwicklung“, sondern in der absolut unproletarischen, kleinbürgerlichen Politik der SP in der entscheidenden Zeit (1918 bis 1920) auf dem entscheidenden Feld, auf dem Gebiet des staatlichen Macht- und Verwaltungsapparates (Arbeiterstimme Oktober 1927).

Unter den Schlägen der Bourgeoisie wiederholen die Arbeiter die Frage immer eindringlicher: Wodurch ist diese Veränderung der Machtverhältnisse eingetreten? Ohne Zweifel öffnet die richtige Antwort darauf den Weg zur Lösung der Frage: Wie heraus aus dieser Lage?

Daß die Veränderung der Machtverhältnisse die Bourgeoisie herbeigeführt hat, ist klar. Aber war die Politik, die dem die SP entgegenstellt, die sich vor den Arbeitern als Arbeiterpartei, ja als die Arbeiterpartei gebärdet, richtig — das ist die Frage.

Nach zwölf Jahren sozialdemokratischer Politik, sogar trotz Wachstums der Mitglieder — und Stimmenzahlen, eine solche Aenderung der Machtverhältnisse, eine solcher Verschlechterung der Gesamtlage der Arbeiter, da muß etwas nicht stimmen mit der Sozialdemokratie, das tritt immer deutlicher ins Bewußtsein einer wachsenden Zahl von Arbeitern.

Wieder tritt Bauer auf den Plan: Nicht die SP ist schuld, sondern die unentrinnbare „Entwicklung“ („Der Kampf“, Maiheft.). Das haben wir in Nr. 55 der „Arbeiter-Stimme“ widerlegt („Wer ist schuld?“). Nun hat auch Renner das Wort ergriffen („Der Kampf“, Juniheft.).

### Die Auffassung Renners.

Renner zeigt, daß die geschichtlichen Vergleiche, womit Bauer seine Theorie zu begründen sucht, falsch sind. Mit Recht verwirft er Bauers Theorie als fatalistisch. „Nach Bauer haben sich die materiellen Bedingungen noch nicht so weit entwickelt, daß sie den Sturz der Bourgeoisie notwendig machen!“ Sogar das muß sich Bauer sagen lassen von — Renner.

Die Kritik Renners an Bauer ist vernichtend. Aber um die eigentliche Frage, wodurch nämlich die Veränderung der Machtverhältnisse eingetreten ist, drückt sich Renner sehr wohlweislich. Ohne es zu wollen sagt er jedoch die Wahrheit: „Was hat dieses zehnjährige Regieren ohne und gegen die SP aus unserem Land gemacht!“ . . . . . Wir haben die Aufgaben, die uns gestellt waren, redlich auf uns genommen, auch in der Opposition. . . . . Prüft man das, was in den letzten zehn Jahren vollbracht worden ist, so überzeugt man sich: Der Bürgerblock hat jeweils ein oder zwei Jahre später halbschlüchtig und verballhornt das durchgeführt, was vorher wir gedacht und gepredigt haben.“ . . . . . Nach Renner hat also der Bürgerblock zwar schlecht aber im Wesen doch — sozialdemokratische Politik gemacht. Anders ausgedrückt: Die Sozialdemokratie hat bürgerliche Politik gemacht. Hier liegt in der Tat die Ursache der Veränderung der Machtverhältnisse.

### Die Differenzen in der SP.

Zweifelloos entwickeln sich in der SP im Keime erste Differenzen und müssen sich entwickeln, zwischen der Masse der sozialdemokratischen Arbeiter und dem Kleinbürgerkopf der Sozialdemokratie.

Derjenige der glaubt, daß Bauer die proletarischen, Renner die kleinbürgerliche Linie vertritt, irrt vollkommen. Beide bewegen sich bewußt auf der kleinbürgerlichen Linie. Bauer verlangt eine solche Aufmachung der kleinbürgerlichen Politik, daß die Arbeiter, in der Meinung, es sei ihrem Klasseninteresse mit jenem Flitterwerk gedient, bei der Stange bleiben. Renner will die Schwankungen los werden, die dieses „Aufmachen“ mit sich bringt und nimmt

die damit verbundene Absplittierung der unzufriedenen proletarischen Elemente in Kauf.

Für die Entfaltung einer ersten großen linksoppositionellen Bewegung in der SP, deren erste schwache Keime sich da und dort regen, ist eine der wichtigsten Vorbedingungen, sich durch die Differenzen zwischen Bauer (Adler steht auf dem Boden Bauers) und Renner nicht täuschen zu lassen.

### Was ist Bauer und Renner gemeinsam?

1. Die Grundeinstellung: Statt Klassenkampf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Darüber suchen beide die Arbeiter zu täuschen, indem sie das Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie hinstellen als eine durch Umstände bedingte und gebotene „Form des proletarischen Klassenkampfes“ . . . .

Beide richten die Politik der SP aus, nicht nach dem Klasseninteresse der Arbeiter, sondern nach dem Klasseninteresse des Kleinbürgertums, was sie so ausdrücken, daß die Politik der SP sich richten müsse nach dem Interesse der „Wirtschaft“, des „Volksganzen“, des „Volkes“, des „Landes“, mit einem Wort nach dem „Allgemeininteresse“. Beide versuchen darüber die Arbeiter zu täuschen, indem sie sagen, die Politik zum Besten der Volkswirtschaft, zum Besten des Volkes sei zugleich die beste Politik für die Arbeiterklasse. Indem die Arbeiterklasse das Land, die Volkswirtschaft das ganze Volk, emporführe, diene sie sich selbst am besten. Was aber dann, wenn die Arbeiterklasse dabei wie die Tatsachen zeigen, darauf zu sitzen? Darüber schweigen sie beide. Land, Volkswirtschaft, Volk emporführen, indem die Arbeiterklasse sich selbst und mit sich die ganze Masse der Werktätigen emporhebt — das ja! Aber die „Allgemeininteresse“ orientierte angeblich proletarische Politik der Bauer und Renner hebt die Kapitalisten empor auf dem Rücken der Arbeiter, die immer tiefer sinken.

Beide operieren mit dem Grundsatz, die SP müsse unter allen Umständen den Bürgerkrieg vorbeugen und ihn verhüten. Damit bemänteln sie jede Kapitulation. Lieber Bruch des Mieterschutzes — als Bürgerkrieg. Lieber Verfassungsrevision — als Bürgerkrieg. Lieber Antiterrorgesetz — als Bürgerkrieg. Folgerichtig werden die beiden Helden eines schönen Tages vorsichtig sagen: Die Monarchie ist noch immer das kleinere Uebel — als der Bürgerkrieg. Diese Einstellung der SP hat die Arbeiterklasse von Niederlage zu Niederlage geführt, hat dem Bürgerkrieg nicht vorgebeugt — er wird schon längst geführt, aber einseitig gegen die Arbeiter, jede Woche werden Arbeiter niedergeknallt — und wird ihn nicht verhüten, sondern führt nur dazu, daß die Arbeiterklasse unter immer schlechteren Bedingungen hineinschlittert.

Beide betrachten es als Axiom, daß die Politik der SP von 1919 bis 1920 richtig war, daß es richtig war den Staatsapparat der Bourgeoisie nicht anzutasten, den Arbeiterrat zu sabotieren und aufzulösen, die Volkswirtschaft zu zerreissen usw. Heute geben sie durch den Mund von Seitz offen zu, daß sie all das bewußt getan haben. (Rede Seitz, A.Z. 24. Mai 1930.)

2. Die Bewertung der Lage: Beide sind der Ansicht, daß die Heimwehr die gewaltsame Entscheidung nicht wagen könne, wegen der Gefahr einer Kreditkrise. Beide sind der Ansicht, daß die Zersetzung der Heimwehr bereits begonnen habe und zwar schon im Herbst 1929 bei der Verfassungsrevision, weil die SP die Schöberverschöpfung geschluckt hat. Beide sind der Ansicht, die SP müsse heute dieselbe Politik machen, die die Bourgeoisie bei und nach dem Umsturz 1918 gemacht hat. So wie die Bourgeoisie 1918—20 das Proletariat durch Zugeständnisse „beruhigte“, so müsse jetzt die SP die Bourgeoisie „beruhigen“ durch Zugeständnisse. Daß die Bourgeoisie eine im Herrschen erfahrene Klasse ist, das Proletariat aber nicht — daß die Bourgeoisie 1918—20 die Zugeständnisse machte und machen konnte, weil die SP den bürgerlichen Staatsapparat nicht angetastet hat, während die SP Zugeständnisse macht und die Arbeiterklasse dabei statt ihre Machtposition zu verstärken oder wenigstens zu behaupten, Machtpositionen verliert, darüber schweigen beide.

3. Die Perspektive: Beide suchen nur in Neuwahlen die Rettung. Die Vergrößerung der Stimmzettelszahl werde die Bourgeoisie zwingen, eine demokratische Lösung zu suchen und die SP mitregieren zu lassen (Koalition). Zwar verstehen beide, daß die Machtverhältnisse im Parlament nur durch die Aenderung der Gewaltverhältnisse außerhalb des Parlaments geändert werden können. Bauer spricht dies ausdrücklich aus. Dennoch weisen beide als Weg nur die Wahlen und nichts als die Wahlen. Dürr gesprochen (vom proletarischen Standpunkt) heißt das: beide weisen keinen Weg, der die Arbeiterklasse herausführt aus dieser Lage.

### Der Unterschied zwischen Bauer und Renner.

Die Einheit der Partei über alles! Das heißt: kleinbürgerliche Linie! — aber immer so manövrieren, daß die große Masse der Arbeiter hinter dem Kleinbürgerkopf gehalten wird, daß sich kein größerer Teil der Arbeiterschaft absplittert, daß nicht die wirkliche proletarische Partei, die erste kommunistische Partei entsteht, das ist Bauers Grundsatz.

Auch Renner ist selbstverständlich für diese „Einheit“. Aber die Manöver zur Erhaltung der proletarischen Gefolgschaft dürfen nach ihm jene Grenze nicht überschreiten, bei der die SP nach rechts mehr verliert, als sie links festhält.

Der Unterschied zwischen Bauer und Renner ist also ein Unterschied im Manövrieren, richtiger im Grad des Manövrierens.

Bauer und Renner sind überhaupt keine Gegensätze, sowenig der linke Arm ein Gegensatz ist zum rechten Arm. Bauer und Renner ergänzen sich, es sind zwei Arme eines Körpers. Der kleinbürgerliche Kopf, dessen politisches Instrument die SP ist zur Ausnützung der proletarischen Kräfte für kleinbürgerliche Zwecke und Ziele, bedarf ihrer beider. Nur durch das kluge Zusammenwirken beider Arme kann der Kleinbürgerkopf die Aufgabe lösen das Proletariat als Vorspann für die Interessen des Kleinbürgertums auszunützen. Anders ausgedrückt: Bauer ist nichts anderes als die Maske für Renner.

### Die SP ist schuld!

Der kleinbürgerliche Klassencharakter der SP und ihrer Politik ändert sich nicht dadurch, wenn sie mehr Mitglieder, mehr Stimmen und auch nicht wenn sie die Mehrheit gewinnt. Die klassenmäßig kleinbürgerliche Grundeinstellung der SP und ihrer Politik (Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie usw.), muß das Proletariat immer tiefer an Macht und Lebenshaltung führen. Wem die bisherigen Tatsachen das noch nicht bewiesen haben, dem werden die kommenden Tatsachen die Augen öffnen.

Die Veränderung der Machtverhältnisse ist der Bourgeoisie gelungen nur mit Hilfe der SP. Die Veränderung der Machtverhältnisse hat also die SP verschuldet.

### Die Rolle der KP.

Und dennoch, trotz der furchtbaren Sprache der Tatsachen dieser zwölf Jahre, hat die SP das Wunder zustande gebracht, die Arbeiterschaft fast ganz hinter sich zu halten. Die Reformisten der ganzen Welt bewundern sie darob. Aber dieses Wunder ist kein Wunder. Elende Stümper müßten die Bauer-Adler, die Renner-Seitz sein, wenn sie es nicht verstünden, die unersetzlichen Dienste auszuwerten, die ihnen die Stalinbürokraten leisten durch ihren Scheinradikalismus.

Die österreichischen Kommunisten, die österreichische KP hätte trotz alledem längst schon sich selbst gefunden. Das was die österreichische KP ist, ist sie dank Stalin. Der Scheinradikalismus der kommunistischen Parteien ist für Stalin die unentbehrliche Maske, die vor den Arbeitern und Kommunisten verhüllen soll, daß er unter der Losung „Aufbau des Sozialismus“ auf dem Rücken der russischen Arbeiter aufbaut — den Kapitalismus. . . . Die Ueberwindung des Scheinradikalismus der kommunistischen Parteien, ihre Ueberleitung zur marxistisch-leninistischen Realpolitik macht die Ueberwindung des Systems Stalins und seiner Bürokraten zu unumgänglicher Notwendigkeit.



## Heraus aus dieser Lage.

Am 15. Juni hat der reichsdeutsche Professor Bonn in der „Neuen Freien Presse“ einen Artikel veröffentlicht, den jeder Arbeiter hätte lesen sollen. Die Sozialdemokratie, führt Bonn aus, hat dem Bürger den ungeheuren Dienst geleistet den Arbeitern den Marxismus auszutreiben, die Arbeiter zu verbürgerlichen — der Faschismus sei so wahnsinnig diese Riesenleistung der SP zu zertrümmern, die Antimarxisten seien daran den Arbeitern den Marxismus, den Klassenkampf wieder einzuhämmern. So ist es in der Tat. Doch der Bourgeoisie bleibt letzten Endes dennoch kein anderer Weg als der des Faschismus, er ist ihr letztes Mittel.

Die harten Tatsachen arbeiten für den Marxismus. Aber für sich allein vermögen selbst die härtesten

Tatsachen gar nichts. Die Tatsachen schaffen nur den Boden. Solange keine ernste kommunistische Partei da ist, solange die KP Scheinradikalismus treibt, solange kann der durch die Tatsachen aufgelockerte Boden keine kommunistischen Früchte tragen. Die grundlegende Bedingung der revolutionären Wiedergeburt der Arbeiterklasse, ist und bleibt: die Überwindung des Scheinradikalismus durch die revolutionäre Realpolitik, mit einem Wort die marxistisch-leninistische Gesundung der kommunistischen Partei.

Diese Aufgabe aller Aufgaben, das ist die Hauptaufgabe der internationalen Linksoption unter Führung Trozky's.

## Stalins Fünfjahres„plan“....

Wir veröffentlichen nach der Übersetzung der Berliner „F. d. K.“ einige Zitate aus offiziellen sowjetrussischen Blättern.

Das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates Sa Industrialisaziju vom 20. März 1930 bringt folgenden Bericht der Brigade der Doneg-Bergarbeiter:

„... Auf dem Schacht I der Petrowskij-Bergverwaltung wird die Steigerung der Produktion dadurch aufgehalten, daß der Schacht das notwendige Material nicht bekommt. Der Schacht muß zum Gasdienst übergehen, es fehlt aber an Lampen. Die Mechanisierungsarbeiten werden verzögert, weil für die gelieferten innerbetrieblichen Transporteinrichtungen keine Motoren da sind. Es fehlen die Schienen für die Gleisanlagen und für den Umbau der Stollen. Es gibt nicht einmal Soda für die Reinigung des Wassers in den Kesseln. Viele Schrämmaschinen müssen ausrangiert werden, weil es an Ersatzteilen mangelt.“

In den Makejew-Werken sind von 31 Schrämmaschinen 11 ausrangiert worden. Die Gorlow-Werke berauschen sich an der Herstellung von Schrämmaschinen und vernachlässigen vollkommen die Erzeugung von Ersatzteilen. Sie vergessen auch, daß man für die Inangsetzung einer Maschine einen Motor braucht. Die neuen Maschinen können daher nicht in Betrieb genommen werden, weil es an Motoren fehlt, und die alten Maschinen werden ausrangiert, weil die Ersatzteile nicht vorhanden sind.“

Das Organ der Gewerkschaften „Trud“ berichtet in Nr. 279 über die Sormowwerke bei Nischni-Nowgorod (20.000 Arbeiter):

„Planlosigkeit und Unwirtschaftlichkeit: das ist eine alte Krankheit der Werke. Auf die Schiffswerft entfällt fast die Hälfte der schlimmsten Mängel des Betriebes, d. h. des Leerlaufs und der Überarbeit. An Leerlauf verzeichnet sie 370.000 Arbeitsstunden, an Überarbeit 562.000 Stunden! Heute haben die Arbeiter nichts zu tun, morgen werden sie im Überfluß mit Überstunden beladen. Vergeudet wird die lebendige Arbeitskraft, vergeudet werden Material und Geld. Man tappt im Dunkeln, ohne einen Plan. Man hat einen Schleppkahn gebaut, und die Maschine geht nicht hinein. Das Deck mußte abgenommen werden. 5000 Rubel sind hinausgeworfen. Die Arbeiter wurden hinausgeschleppt, und im Frühjahr drohte das Wasser in den Docks, nicht fertig gebaute Schiffe hinwegzuschwemmen. Um die Schiffe zu retten, hat man, da die erforderlichen Holzplanen nicht da waren, große Bretter zersägt. Mehrere dutzendtausend Rubel sind draufgegangen.“

Nehmen wir den Waggonbau. Aber diese Abteilung leidet unter chronischer Planlosigkeit. Hier das Arbeitstempo der Abteilung im Oktober: Im Produktionsprozeß vorgesehen 60 Waggon, am 21. Oktober fertig insgesamt 6 Waggon. Dann setzte eine wahnsinnige Arbeit mit fieberhafter Eile ein, fertiggestellt wurden 35 Waggon. Im November „fieberte“ die Waggonmaschinenabteilung, in die Unstimmigkeiten in der Herstellung der Maschinenteile das ganze System des laufenden Bandes über den Haufen zu werfen drohten. Das ist charakteristisch für das „Rote Sormowo“: einerseits große technische Errungenschaften in Gestalt des laufenden Bandes, andererseits eine Desorganisation, die diese Errungenschaften vernichtet.

Die Werkzeugabteilung: Von der Planmäßigkeit ihrer Arbeit und von der Qualität ihrer Erzeugnisse hängt die Arbeit der andern Abteilungen ab, die sie mit Werkzeugen versieht. Aber auch diese Abteilung arbeitet mit Stockungen. Die Materialversorgung ist nicht in Ordnung, es wird schlechtes Material geliefert, daher viel Ausschußware. Die Abteilung erhält teure Werkzeugmaschinen aus der Einfuhr, die sie nicht braucht, dafür fehlt es an den notwendigen Instrumenten, an Mikrometern und anderen Meßapparaten, ohne die der Werkzeugmacher gleichsam ohne Hände ist. Und so ist es überall. Ohne Überbetreibungen.“

Infolge der bürokratischen Antreiberwirtschaft werden zwar die vorgesehenen Mehrleistungen in der Regel erreicht, aber oft nur bei gleichzeitiger Verschlechterung der Ware. Der „Trud“ vom 1. Februar 1930 berichtet:

„Im Jahre 1928—29 hatten wir eine radikale Verschlechterung der Produktion. Faktisch erreicht der Ausschuß in einer Reihe von Betrieben 50 und mehr Prozent. Das gilt für fast alle von der Erhebung erfaßten Industriezweige.“

Zum Beispiel von der Weberei „Proletarische Manufaktur“ in Twerj mußte das Volkskommissariat für Arbeiter- und Bauernkontrolle von dem Rohgewebe beinahe die Hälfte für unbrauchbar erklären. Von den 114 Stück Trikotsagen erwiesen sich sämtlich als untauglich für die Verarbeitung in der Konfektion. In der Fabrik „Sturmvogel“ in Leningrad waren von 310 Paar Schuhen der höchsten Qualität 107 Paar defekt. In der Konfektion ist fast bei jedem der überprüften Gegenstände ein Schaden festgestellt worden. Bei den Jacketts war die eine Seite länger als die andere, die Größenmaße der Jacketts und Hosen waren nicht aufeinander abgestimmt, die Ärmel waren nicht richtig eingesetzt usw.“

Über die Tagung der Konferenz zur Hebung der Warenqualität berichtet das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates: „Nicht für einen und nicht für zwei, sondern für viele Betriebe wurde von einem Prozentsatz an Ausschußware gesprochen, der 100 v. H. der Gesamtzeugung erreicht. ... Die Produktion für den breiten Markt verschlechtert sich ununterbrochen. Es gibt nicht eine einzige Warenart, deren Qualität sich im letzten Halbjahr nicht erheblich verschlechtert hätte.“

## Zur Lage der Arbeiter.

Der „Trud“ berichtet aus Samara:

„Kaum aufzuzählen sind all die berechtigten Forderungen, der Arbeiter im Mittleren Wolga-Gebiet. Hat das Arbeitergenossenschaftswesen, hat namentlich die Zentral-Arbeitergenossenschaft Samara die Forderungen der Arbeiter erfüllt? ... Natürlich nicht! Man steht nach wie vor stundelang an und, was noch schlimmer ist, man steht nach Lebensmitteln und Waren an, die er über-

haupt nicht im Verkauf gibt. Und das nur deshalb, weil der Arbeiterkonsument nicht genügend darüber informiert wird, was es im Verkauf gibt und was nicht.“

Die gleiche Nummer berichtet über Zustände in der Speiseanstalt von Genossenschaften in der Ukraine:

„Das höchste Strafmaß ist das Mittagessen in der Genossenschaftsrestauration. Die Gastwirtschaften sind in völlig ungeeigneten Räumen. Die Kantine der größten Charkower Fabrik GES, die 4000 Gäste zu versorgen hat, faßt nur 300 Personen! In Stalino bedeutet das Anstehen der Arbeiter vor den Türen der Wirtschaft einen Diebstahl an Produktion. Das gleiche ist auch in der Rykov-Siedlung der Fall. ... Die Tischzeit reicht zur Einnahme der Mahlzeit nicht aus. Von einem Signal der Fabrikssirene bis zum anderen bleiben die Arbeiter vor der Wirtschaft stehen und müssen dann wieder in die Fabrik zurück, ohne gegessen zu haben.“

Das Essen ist in einer Reihe von Wirtschaften offensichtlich von schlechter Qualität. ... Verdorbene Lebensmittel werden von den Verwalter der Restaura-

tionsbetriebe und den Köchen häufig mit Absicht nicht zurückgewiesen. Maden, Schwaben, Schimmel sind in einer ganzen Anzahl von Orten (Charkow, Donezbecken) notwendiges Zubehör zur Mahlzeit.“

## NOTIZEN

**Zur Gewerkschaftstaktik der KP.** Die „R. F.“ (12. Juni) versucht sich um die Wahrheit, daß die Stalinbonzen auf die Spaltung der Gewerkschaften und die Schaffung neuer Gewerkschaften ausgehen, wie folgt zu drücken: „Es steht heute keineswegs die Schaffung neuer Gewerkschaften auf der Tagesordnung“. Also noch nicht, aber später. ...

**Der „Zustrom“.** Die „R. F.“ meldet täglich den Zustrom von Abonnenten und Mitgliedern. Wir sind in der Lage mit einigen Ziffern zu dienen: In Favoriten wurden wirklich 3 Abonnenten gewonnen — zugleich gingen aber über 50 verloren. In Währing wurden 14 gewonnen — 19 gingen verloren. In Ottakring sind 37 „beigetreten“. Zum „Einführungskurs“ sind davon — 3 erschienen. Die Ottakringer-Bezirksorganisation, die Ende 1922 viele Hunderte Mitglieder zählte, hat heute — 48 Mitglieder. ... Aktiv sind davon nur einige ganz wenige alte Genossen und auch die haben schon die Nase voll. So schaut er aus, der „Zustrom“.

## Werbet für die „Arbeiter-Stimme“!

## Stalinistischer Verzweiflungstreich.

Schon auf dem Sammelplatz vor dem Zentralfriedhof zeigten die Stalinbeamten ein auffallendes Benehmen. Wo ein Oppositionsgenosse im Gespräch mit einem Parteimitglied stand, sprangen sie hinzu und drohten vielfach mit Tätlichkeiten. Es schien, daß das Ausbleiben des „Zustroms“ sie aufrege. Trotz langer Wartezeit wurden es nämlich nicht mehr als 500, die Hälfte vom Vorjahr. Die Arbeiterwehr, die im Vorjahr 120 Mann zählte, marschierte mit 60 auf „Zustrom“.

Auffallend war auch, daß Toman als Redner auftrat. Etwas deutlicher wurden die Dinge durch seine im Namen des ZK gehaltene Ansprache. Es war eine Provokationsrede zugespielt gegen Genossen Frey. Die wenigen Altkommunisten verstanden das. Aber der Großteil der Anwesenden, im besten Falle seit drei Jahren bei der Partei, verstand die Provokation nicht. Der Zweck der Uebung war also zunächst nicht erreicht. Es versteht sich, daß Genosse Frey trotz der Provokation die Würde des Ortes und der Feier wahrte. Die meisten unserer Genossen standen in seiner allernächsten Nähe. Die Behauptung, er habe „zynisch gelächelt“, ist dreiste Lüge.

Als der Zug das Grab verlassen hatte, da begannen plötzlich einige Leute zu Tätlichkeiten gegen Gen. Frey zu hetzen. Anfänger war der Buchhändler Deutsch. Plötzlich marschierte eine Patrouille der Arbeiterwehr heran, die zu Tätlichkeiten gegen Genossen Frey losging. Unsere Genossen machten den schändlichen Plan zunichte, was ihnen durch die Bemühungen der ernstesten Genossen, die diesen Methoden widersprachen und beruhigend wirkten, darunter Genossen Mayer, erleichtert wurde.

Bezeichnenderweise fuhr nachher einer der Haupthetzer und Hauptgewalttäter auf einem Rade, angehängt an dem großen Polizeibereitschaftsauto, die rote Nelke hatte er aber nicht mehr im Knopfloch. ....

Manche Oppositionsgenossen meinten, der Streich sei von der Tomanfraktion auf eigene Faust verübt worden, um ihre „Verlässlichkeit“ zu erweisen. Die Veröffentlichung in der „Roten Fahne“ vom 17. Juni läßt aber keinen Zweifel, daß es sich um eine wohlüberlegte, vorbereitete Aktion des Zentralkomitees handelt.

Es war und ist ein Verzweiflungstreich politischer Bankrotteure, die nicht im Stande sind der Linksoption sachlich zu antworten und sich so um die politische Stellungnahme unserer Argumente drücken wollen.

Wir könnten den Spieß umdrehen und könnten fragen: Von wo nimmt der Buchhändler Deutsch die Stirn zu solchem Auftreten? Es wäre nicht ohne Nutzen die Geschichte seines Ausschlusses aus der KP Deutschlands zur Kenntnis der Parteimitglieder zu bringen; denn die Eliminierung solcher höchst „unpolitischer“ Mitglieder ist ein Parteiinteresse.

Wir könnten den Spieß umdrehen und könnten fragen: Von wo nimmt Toman die Stirn zu solchem Auftreten? Wäre es nicht besser statt zu provozieren, wenn Toman das aufgeklärt hätte, was von der Geschichte des 15. Juni wirklich aufzuklären ist, nämlich wieso damals die Polizei die allerwichtigsten Geheimnisse der Partei, die nur ganz wenigen Personen bekannt waren, blitzschnell erfahren hat.

Wir könnten den Spieß umdrehen und könnten fragen: Wie steht es mit der politischen Verantwortung jener, die diesen Streich ersannen und durchführten? Hat ihre Politik — ihre Putschpolitik von 1919 inbe-

griffen — der revolutionären Sache genützt? Hat ihre Politik der Arbeiterklasse genützt? Hat ihre Politik der Kommunistischen Partei genützt? Die Tatsachen geben und geben die Antwort. Ohne die unbezahlbaren Dienste der ultralinken Schreihälse von 1919 bis 1930 wäre die Sozialdemokratie niemals im Stande gewesen die Massen so restlos hinter sich zu halten, hätten wir schon längst eine kommunistische Massenpartei in Oesterreich.

Es muß einmal mit Nachdruck offen ausgesprochen werden, daß die Art wie die Partei den 15. Juni jahraus jahrein begeht, ein schwerer politischer Fehler ist. Dieses Konservieren, ja Verhimmeln der Kinderkrankheiten schädigt die Partei, hält sie auf der Kinderstufe zurück, erzieht die Mitglieder völlig falsch. Die Partei muß unterscheiden: Den revolutionären Kampfwillen der gefallenen und lebenden Kämpfer vom 15. Juni, den revolutionären Tatwillen der Partei vom 15. Juni — die gilt es zu feiern und daran den revolutionären Opfer-, Tat-, Kampfwillen der gesamten Kommunisten, Revolutionäre, Arbeiter zu stärken, zu heben.

Nicht feiern aber darf die Partei ihre Taktik von 1919. Und sie darf über diese Taktik auch nicht schweigen. Sie muß sie kritisieren und sie kann das umso eher, weil der Großteil der Kämpfer von 1919 aus revolutionärer Ungeduld zu jener falschen Taktik gelangte. Was man von dem Ultralinkstum von heute lieber nicht sagen kann.

Die Feier in diesem Sinne wäre keine bloße Erinnerungsfeier, sondern eine wirkliche politische Kundgebung, die von Jahr zu Jahr auf einen immer größeren Kreis von Kämpfern blicken würde, die kämen um zu künden: daß sie mit demselben Opfer- und Tatwillen für die revolutionäre Sache der Arbeiterklasse kämpfen wollen, wie jene die damals gefallen, belehrt aus den Lehren der Niederlage. Eine solche Feier wäre nicht nur Pietät, sondern wirklicher politischer Nutzen für die Partei.

So aber, wie die Feier jahrein jahraus aufgezogen wird, ist sie kein Nutzen für die Partei. Sie übt nicht die geringste Anziehungskraft auf die Zehntausende revolutionärer Arbeiter, die in der SP sind und darauf warten, bis die KP sich endlich von der Taktik des Jahres 1919, von den Kinderkrankheiten, ermannt. Sie übt einen schlechten Einfluß aus, auf die wenigen Arbeiter, die trotz alledem zur Partei stoßen, weil sie in ihnen die taktischen Illusionen, von denen die Partei 1919 ausging, züchtet und es sich selbst erschwert zu einer bolschewistisch-realistischen Taktik überzugehen. Doch, wie kann man von Leuten eine richtige Gedenkfeier des 15. Juni erwarten, die den tollen Einfall haben, eine solche Feier zu einem solchen Lumpenstreich zu mißbrauchen? Denn es ist ein Streich von Lumpen, der da unternommen wurde auf dem Rücken der Partei. Der Streich fällt auf die zurück, die ihn unternahmen. Sie verneinen damit ihre wankende Parteidiktatur zu festigen. Sie täuschen sich gewaltig: Gerade dieser ihr Verzweiflungstreich wird es uns erleichtern, den Kampf um die Parteigesundung zum Sieg zu führen!

\*\*\*

„Der Mahnruf“ (Nr. 25) nimmt in schärfster Weise gegen den vom stalinschen ZK verübten Streich Stellung und sagt dem stalinschen Zentralorgan: „Wenn nun die „Rote Fahne“ vom 17. Juni von einer Blutschuld Freys spricht, so ist das eine politische Lumperei, die ihrgleichen nur bei dem Revolverjournalisten Sandor Weiß findet“. In einem Brief an die „Arbeiter-Stimme“ verurteilt auch Gen. Landau, der im Auslande weilt, den stalinschen Streich auf das schärfste.

## In eigener Sache.

Von Josef Frey.

Der fortschreitende Bankrott des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Oesterreichs in der österreichischen Politik ist offenkundig. Daß die Parteimitgliedschaft Stalins russische und Komintern-Politik nicht durchblickt, nur davon lebt das stalinische ZK. Allein unsere Kritik am Stalinkurs hat einen solchen Grad von Durchschlagskraft erreicht, daß die Stalinburekraten nicht mehr wissen was zu antworten. Würden sie sachlich Stellung nehmen so böten sie der Mitgliedschaft die Möglichkeit zur Prüfung der beiderseitigen wirklichen Auffassungen. Da aber würden die Mitglieder den Stalinismus durchschauen! Das wissen die Stalinburekraten. Sie wissen, daß sie sich nur behaupten können, solange sie den Mitgliedern die sachliche Prüfung unserer und der stalinischen Auffassung unmöglich machen.

Lange Zeit behielten sie sich damit, unsere Auffassungen zu entstellen. Jetzt, da die „Arbeiter-Stimme“ in die Hände von immer mehr Mitgliedern kommt, ist die Methode der Entstellung immer weniger anwendbar.

Doch war und ist auch heute das Hauptkampfmittel all dieser Helden die Verhetzung. Die Hetze soll die Mitglieder von der Ueberprüfung der entscheidenden politischen Differenzen ablenken, sie zu politischem Denken überhaupt nicht kommen lassen, sie mit einem Wort gegen unsere unwiderlegliche politische Argumentation „immunisieren“.

Die letzten Jahre bestritten die Stalinbeamten die Hauptthese mit dem Schlagwort der Wahltaktik. Der Artikel in Nummer 55 der „Arbeiter-Stimme“ (Zur Frage unserer Wahltaktik von 1927) hat ihnen dieses Kampfmittel aus der Hand geschlagen. Es ist bezeichnend, daß die „Rote Fahne“ kein Wort der Erwiderung wagt.

Der alte Schlagwort der Auflösung der Roten Garde verfährt nicht mehr. Die „Arbeiter-Stimme“ würde dem gegenüber übrigens einfach aus dem parteioffiziellen Roten Spdaten (Jänner-Feber 1921) abdrucken, was ich in jener großen Rathausversammlung vor 4000 Soldaten und Arbeitern darüber gesagt und was bis heute niemand anzuzweifeln gewagt hat.

Bleib also den Stalinhelden nur noch der Juniputsch (15. Juni 1919). Sie spekulieren darauf, daß der Großteil der Mitgliedschaft von heute ja erst seit höchstens ein bis drei Jahren bei der Partei ist und von den Vorgängen des Jahres 1919, übrigens von der ganzen Parteigeschichte keine Ahnung hat.

Niemals, selbst nicht bei den vielen Gelegenheiten, da die Gegensätze auf das allerschärfste aufeinanderprallten, wagten sie es mit diesem Hetzargument vor die proletarische oder auch nur vor die Parteioffentlichkeit zu kommen. Nur von Ohr zu Ohr tuschelten sie dies und jenes herum, sehr wirksam, aber — unfaßbar. Jetzt jedoch blieb ihnen nur die Wahl: entweder zu unseren unwiderleglichen Argumenten zu schweigen — das ging nicht, denn die Mitglieder begannen zu fragen — oder die letzte Giftbombe zu werfen. Die Stalinherrschaften sind im Eck, sie haben keine Argumente mehr. Sie mußten heraus und das ist gut so, ich bin ihnen dafür dankbar. Denn nun, da die Tuschler — im Geheimen konnten sie den Text nach Belieben wenden — ihr Getuschel endlich „formuliert“ haben, nun bin ich endlich in der Lage ihnen öffentlich zu antworten.

Ich könnte einfach sagen: Bei den Verhandlungen über die Vereinigung der Linken mit der Partei (Ende 1920) wurde die Frage der Auflösung der Roten Garde klargestellt. Die Frage des 15. Juni wurde nicht einmal aufgeworfen!

Ich könnte einfach sagen: Durch Jahre war ich in der Leitung Vorsitzender der Kommunistischen Partei, ja, eine zeitlang war ich wirklich der Führer der Partei. Selbst nach dreijährigem schärfstem Fraktionskampf und, obwohl damals unsere Fraktion in der Minderheit blieb, trug mir der Parteitag (September 1925) zwar nicht die formelle aber die faktische politische Leitung der Partei an. All dies wäre unmöglich gewesen, wenn das wahr wäre, was die „R. F.“ am 17. Juni 1930 schreibt.

Ich könnte einfach sagen: Von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, wo ich nicht konnte, war ich immer bei der Gedenkfeier des 15. Juni auf dem Zentralfriedhof. So auch im Vorjahr. Niemals, hat es irgend wer gewagt, etwas derartiges vorzubringen.

## Voranzeige

Wir unternehmen heuer und zwar am Sonntag, den 10. AUGUST einen

## Dampferausflug nach Preßburg

An Bord Musik und Schrammeln. — Abfahrt Wien 7 Uhr früh, Ankunft in Preßburg 9.30 Uhr. — Rückfahrt 3 Uhr nachmittags, Ankunft in Wien 9.30 Uhr abends. — Eine Fahrt hin und zurück S 8.—. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Zahlungserleichterung durch Sparkarten. — Die näheren Details werden Anfang Mai, wo die Kartenausgabe beginnt, bekanntgegeben werden. — Anfragen im Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47 (Telephon B-30-6-58) jeden Mittwoch und Freitag abends.

Wir erwarten, daß sich alle unsere Freunde wie alljährlich beteiligen und für rege Beteiligung im Kreise ihrer Bekannten werben werden

ARBEITER-KULTURBUND „SPARTAKUS“

Ich könnte einfach sagen: Hätten die Toman & Co. 1925 vor unserer Fraktion kapituliert, wenn das, was vor allem sie jetzt über den 15. Juni schreien, der Wahrheit entspräche?! (Wozu allerdings mancher sagen kann: Dieser Gesellschaft könne man auch das zutrauen.)

Ich könnte einfach sagen: Nach dem 15. Juni 1919 war ich noch über ein Jahr in der SP. Obwohl immer klarer und schärfer zur KP drängend, stand ich ebendeshalb in scharfem Gegensatz zu der durch den 15. Juni nicht belehrten, an der ultralinken Grundeinstellung festhaltenden Politik der Partei. Die Partei hatte keine Ursache mich zu „schonen“ und sie tat mir gegenüber das gerade Gegenteil, aber eine solche Behauptung wurde von keiner Seite gewagt.

Ich könnte mich auf all dies und manches andere berufen. Ich könnte mich damit begnügen damit allein zu beweisen, daß die Stalinbeamten bewußt unwahr sprechen, daß sie lügen.

Aber ich will nicht mich auf all dies berufen. Ich will den Lügen die Tatsachen entgegenstellen. —

Die Aktion der Partei am 15. Juni 1919 war die Aktion einer Minderheit zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur ohne und gegen den Willen der überwältigenden Masse der Arbeiter und Soldaten, mit einem Wort sie war ein Putsch.

Mehr noch. Die Partei geleitet von dem traurigen „Direktorium“ Toman, Koritschoner, Wertheim hat den Arbeiterrat, den Soldatenrat zu gewinnen, nicht einmal versucht.

Ja noch mehr. Die Partei hat nicht einmal irgendwie ernstlich versucht wirklich die große Masse der Arbeiter und Soldaten für die zur Aufrichtung der proletarischen Diktatur auf den 15. Juni angesetzte Aktion zu gewinnen.

Die überwältigende Masse der Arbeiter- und Soldatenräte hatte gegen die Aktion entschieden.

Die überwältigende Masse der Arbeiter und Soldaten war klar gegen die Aktion.

Dem Direktorium selbst fehlte der innere Glaube an die Aktion. Es glaubte sie dennoch wagen zu müssen, um Räteungarn zu helfen.

Dieser Ausgangspunkt war richtig. Doch mit einem Versuch die Diktatur aufzurichten gegen den Willen der überwältigenden Masse der Arbeiter- und Soldatenräte, der Arbeiter und Soldaten selbst, mit einem Versuch dem darum die Niederlage in der aller kürzesten Zeit todsicher war, mit einem solchen Versuch war Räteungarn unter gar keinen Umständen geholfen.

Räteungarn zu helfen, war Pflicht jedes wirklichen Revolutionärs. Räteungarn zu helfen gab es jedoch unter den damaligen Verhältnissen in Oesterreich keinen anderen Weg als die große Masse der Arbeiter und Soldaten, der Arbeiter- und Soldatenräte mit dem Aufgebot der ganzen Kraft immer mehr für die proletarische Diktatur zu gewinnen. Was nicht zu erreichen war mit noch so tollen ultralinken Purzelbäumen, mochten sie noch so ehrlich gemeint sein, sondern mit der Taktik des marxistischen Realismus, mit leninistischer Realpolitik. Gerade die ultralinken Purzelbäume, gerade die Putschtaktik hat die Linksentwicklung außerordentlich gehemmt, hat die KP aufs schwerste geschädigt, sie hat es der SP ermöglicht ihr raffiniertes Spiel des Wortradikalismus zur Bemäntelung ihrer reformistischen Einstellung wirksam durchzuführen. Ohne die Putschtaktik wären wir zwar in Oesterreich vielleicht auch nicht zur proletarischen Diktatur gekommen, ganz bestimmt aber — zur ersten, großen kommunistischen Massenpartei. —

Für die proletarische Diktatur mit marxistisch-leninistischer, das heißt mit realistischer Taktik, das war schon damals meine bewußte Linie. Allein noch war ich in der entscheidenden Frage der Partei in Illusionen befangen. Noch glaubte ich, es werde gelingen die SP für die proletarische Diktatur zu gewinnen. Es bedurfte schwerster Erfahrungen in den grundlegenden Machtfragen der Wehrmacht, Polizei, Gendarmerie, Ordnerorganisation usw., um zu erkennen, daß revolutionäre Politik mit der Sozialdemokratie dem Wesen nach unmöglich, daß sie einzig und allein möglich ist nur in und mit der kommunistischen Partei.

Aus der linkssozialdemokratischen Einstellung ergaben sich und mußten sich ergeben, Illusionen, Fehler. Aber das waren Illusionen, Fehler auf Grundlage einer ehrlich revolutionären Grundeinstellung, die als einzigen Richtpunkt für alles Verhalten nur kannte: die Aufrichtung der proletarischen Diktatur durch die proletarische Revolution zum Aufbau des Sozialismus.

Es ist eine erbärmliche Lüge, daß ich vor dem 15. Juni drohte auf die Kommunisten schießen zu lassen. Es ist eine erbärmliche Lüge, daß ich diese Drohung wahr machte — in dem ich zu den blutigen Unterdrückungsmaßnahmen meine Billigung gegeben.

Wer der SP angehört, trägt, mag er in ihr noch so ehrlich für die revolutionäre Sache sich bemühen, objektiv eine gewisse politische Mitverantwortung für die sozialdemokratische Politik. Denn mag er subjektiv und ehrlich in die revolutionäre Richtung drängen — je ehrlicher er ist, desto mehr wirkt sich ohne und gegen seinen Willen sein Verhalten als objektive Hilfe aus für den Reformismus, für die reformistische Partei, für die Sozialdemokratie — solange er nicht klar mit der SP bricht und Kommunist wird.

Diesen Schritt habe ich im Herbst 1920 vollzogen. Bis dahin war ich revolutionärer Sozialdemokrat, noch nicht Kommunist, bis dahin trage ich also objektiv eine gewisse politische Mitverantwortung für die Politik der SP und in diesem Sinne trage ich eine gewisse politische Mitverantwortung auch für die Politik der SP zur Zeit des 15. Juni. Für den Kommunismus, für die proletarische Diktatur, für die proletarische Revolution, gegen Putschtaktik, für revolutionäre Realpolitik, das war meine Einstellung. Diese vom kommunistischen Standpunkt vollkommen richtige Einstellung — im Gegensatz zur offiziellen Putschlinie der KP, die vom kommunistischen Standpunkt unrichtig war — diese meine subjektive richtige Einstellung wurde objektiv unrichtig dadurch, daß ich, in dem Glauben sie könne revolutioniert werden, an der SP festhielt.

Das Festhalten an der SP war begründet in dem durch jahrelanges Verwachsensein erstarktem Glauben an ihren revolutionären Grundcharakter, was nur durch eine Kette schwerster Erfahrungen überwunden werden konnte. Zweitens durch das unglaubliche Ultralinkstum und überhaupt durch den Zustand unglaublichster Verworfenheit der KP. Dennoch habe ich mein Verhalten bis zum Bruch mit der SP vom kommunistischen Standpunkt als objektiv unrichtig angesehen und dem Ausdruck gegeben, einfach und klar: ich wurde Kommunist.

Die Hetze wird den Stalinburekraten mißlingen und vor allem auch der Zweck der Hetze. Sie wollen sich um die politische Stellungnahme unserer Kritik drücken. Die Artikel „Die Stalinbonzen kneifen!“, „Schluß mit dem Scheinradikalismus!“, „Zu unserer Wahltaktik von 1927“ in Nummer 55 der „Arbeiter-Stimme“ vermögen sie nicht zu widerlegen. Sie haben kein sachliches Argument dagegen, also greifen sie zu unsachlichen Argumenten. Wir dürfen die Stalinburekraten aus der politischen Zange, in der wir sie halten, nicht loslassen!

Entweder sie werden weiter schweigen: dann wird die Mitgliedschaft durch eben dieses Schweigen allmählich erkennen, daß wir recht haben.

Oder sie werden unter unserem anhaltenden Druck schließlich politisch Rede und Antwort stehen: dann ist das der Anfang von ihrem Ende. Denn mögen die ehrlichen Mitglieder noch so sehr gegen uns sein, wenn sie einmal zur ruhigen Prüfung unserer und der stalinistischen Auffassung kommen, dann hat das Stündlein geschlagen der Stalinburekraten, das weiß niemand besser als sie selbst.

Darum bleiben wir nach wie vor fest bei unserem Grundsatz: Keiner Gemeinheit der Stalinbeamten weichen — aber standhafte, geduldige politische Aufklärung der Parteimitglieder zur Gesundung der Partei!

## Verfolgung der „Arbeiter-Stimme“.

Die Staatsanwaltschaft hat wegen des Spitzenartikels und des Wahltaktikartikels in Nr. 55 die Verfolgung der „Arbeiter-Stimme“ nach § 300 und § 305 des Strafgesetzes (Aufreizung und Aufwiegelung) veranlaßt. Sogar wegen des Wortes „monarchistisch“ in der Schlagzeile und wegen des Titels „Zu unserer Wahltaktik von 1927“ läßt uns der Staatsanwalt verfolgen.



## Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Zentraler Sitz:

Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47

Auskünfte und Aufnahmen jeden Mittwoch und Freitag von 7 bis 10 Uhr abends.

Aus den Statuten § 1: Der Arbeiterkulturbund „Spartakus“ hat den Zweck, marxistische Kulturarbeit zu leisten.

Wandergruppe: Juliprogramm: Bei ausgesprochenem Schönwetter jeden Sonntag Badeausflug. Ansonsten Wanderungen. Ort und Zeit der Zusammenkunft jeden vorhergehenden Freitag im Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47 (Telephon B-30-6-58) in der Zeit von 8—10 Uhr abends zu erfahren.

## Aus der Opposition.

Zentraler Diskussionsabend: Montag, den 14. und 28. Juli. Beginn halb 8 Uhr abends in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46. Thema: Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes. Leiter: Gen. Frey.

Preis: A. P. 1.—, P. B. 3.—, B. XX 0.50, A. S. III. 3.50 Schilling.

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 — Verantwortlicher Redakteur: Franz Kralik, Wien, V., Castellgasse 3 — Druck: Buch- und Kunstverlag „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter: Friedrich Stadler, Wien, III., Custozzagasse 8.